

Silvester in Köln - eine Katastrophe

Die Vorgänge in der Silvesternacht in Köln kann ich aus der Sicht des ehemaligen Polizeibeamten kommentieren. Nach den Pressemeldungen der vergangenen Tage hat die Führung des Kölner Polizeipräsidiums die Lage völlig falsch eingeschätzt. Die sich anschließende Pressearbeit war die noch größere Katastrophe; hier wurde entweder versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen oder es war absolute Inkompetenz oder eine große Schlamperie.

Der Kräfteansatz war absolut nicht ausreichend, auch nicht für eine normale Silvesternacht. Die Anforderung von Zusatzkräften war vom Landespolizeiamt abgelehnt worden, und auch die eigenen Kräfte wurden offensichtlich nicht aufgestockt. Nach meiner Meinung war auch die Bundespolizei, die für die Sicherheit auf dem Bahnhofsvorgelände und im Bahnhof verantwortlich war, nicht ausreichend personell besetzt. Hier wurde von Seiten der Polizeigewerkschaften mitgeteilt, dass ein Teil der Bundespolizeibeamten an die bayerische Grenze zur Registrierung von Flüchtlingen abgeordnet ist. Soweit zum Personalansatz der beiden Polizeieinheiten. Nach Berichten wurden Zusatzkräfte, die in der Nacht zur Verstärkung angeboten wurden, nicht abgerufen, sondern abgelehnt. Aus Mitteilungen der Gewerkschaften war herauszulesen, dass kein Beamter des höheren Dienstes bei diesem Einsatz eingesetzt war.

Ein richtiger großer Clou war die Pressemeldung des Polizeipräsidiums am Neujahrsmorgen, dass eine friedliche Stimmung herrschte und dass die ganze Veranstaltung ohne besondere Vorkommnisse abgelaufen ist.

Erst scheinbarweise kommen die besonderen Umstände dieser Nacht ans Licht. Durch Berichte der Bundespolizei und die Einsatzmeldungen der eigenen Beamten wird nach und nach das Ausmaß des gesamten Desasters klar. Hier waren es nicht die Einsatzkräfte die versagt haben, sondern die Führung und die Presseabteilung des Polizeipräsidiums Köln. Was wollte man vertuschen? Sollte die Öffentlichkeit nicht erfahren, dass es sich um Personen mit Migrationshintergrund, um Flüchtlinge oder sonstige Ausländer handelt? Bei Besprechungen mit Polizeibeamten wurde mir mitgeteilt, dass es von Seiten der Politik in verschiedenen Bundesländern nicht erwünscht sei, die Straftaten von Flüchtlingen in die Öffentlichkeit zu bringen. Tatsache ist, auch das wurde mir von Polizeibeamten mitgeteilt, dass Straftaten in Flüchtlingsheimen und Erstunterkünften bis zum 31.12.2015 nicht in die polizeiliche Kriminalstatistik aufgenommen wurden.

Der nordrhein-westfälische Innenminister teilte in einer Pressekonferenz mit, dass es keine Anweisung an die Kölner Polizei gab, öffentlich die Herkunft oder den Status von Tatverdächtigen zu verschweigen. Er musste aber einräumen, dass es zum ersten Januar eine Änderung in Formularen gab, in denen der Passus „Flüchtlinge“ nicht mehr enthalten war.

Nach einer Mitteilung des NRW-Innenministeriums bearbeitet die Sonderkommission mittlerweile 516 Strafanzeigen, die bei der Bundespolizei und dem PP Köln eingegangen sind. In 237 Fällen handelt es sich um Sexualstraftaten, in 107 dieser Fälle sind zugleich Diebstähle angezeigt worden. Bei den übrigen Fällen handelt es sich um Eigentums- und Körperverletzungsdelikte.

Interessant ist auch die Verteilung der festgestellten Täter. Die Bundespolizei hat 32 Tatverdächtige identifiziert. Darunter sind neun algerische, acht marokkanische, fünf iranische, vier syrische, ein irakischer, ein US-amerikanischer sowie drei deutsche Staatsangehörige. 22 dieser Personen sind Asylbewerber.

Der Kölner Polizei waren bis zum 11. Januar 19 Personen namentlich bekannt, die für die Straftaten um den Kölner Hauptbahnhof verantwortlich sein könnten. Keiner der Tatverdächtigen hat die deutsche Staatsbürgerschaft. Auf der Liste der Polizei sind unter den Verdächtigen sieben marokkanische, eine tunesische, ein syrischer, ein libyscher, ein somalischer, ein türkischer, ein albanischer und drei algerische Staatsangehörige. Zehn Tatverdächtige sind Asylbewerber, neun von ihnen halten sich vermutlich illegal in Deutschland auf.

Durch diese Vorkommnisse hat die Kölner Polizei einen schweren Imageschaden erlitten, der nicht so schnell wieder gut gemacht werden kann. Von der politischen Führung und den Gewerkschaften wurde den eingesetzten Kollegen bescheinigt, ihre Arbeit in der Einsatznacht gut gemacht zu haben.

Meinen Kollegen in Köln wünsche ich für die Zukunft eine beherzte Polizeiführung, die sich neben den polizeilichen Aufgaben auch um das Wohl der Kolleginnen und Kollegen vor Ort kümmert.

Welche politischen Konsequenzen sollte diese Silvesternacht haben? Große Worte und Vorschläge kommen von Seiten der Politik. Die Bundeskanzlerin spricht von der „vollen Härte des Gesetzes“, mit denen diese Vorfälle verfolgt werden sollen. Aber sie muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie, durch Außerkraftsetzen von Rechtsvorschriften, unter Umständen zu diesen Zuständen mit beigetragen hat. Der Bundesinnenminister hat durch Vernachlässigung des Bundesamtes für Migration auch seinen Beitrag geleistet, denn der hundertausendfache Stau bei der Bearbeitung der Asylanträge geht allein auf sein Konto. Die Bundespolizei ist total unterbesetzt und in der jetzigen Situation überlastet. Seine markante Forderung zur Verstärkung der Bundespolizei, wird erst in drei Jahren wirksam, denn so lange dauert die Ausbildung eines Polizeibeamten.

Das gleiche gilt für verschiedene Innenminister der Bundesländer, die es zugelassen haben, dass die Polizei kaputtgespart wurde. Jetzt wird händeringend nach Polizeibeamten gesucht, weil die Lage zu kippen droht. Großeinsätze bei Demonstrationen und Bundesligaspielen mit hunderten von Polizeibeamten sind doch heute die Regel und kosten Millionen.

Auch die Kommunen sind bei solchen Einsätzen gefordert und haben sich bisher immer versteckt. Im rheinland-pfälzischen Polizei- und Ordnungsgesetz heißt es im § 1 des Gesetzes „Aufgaben der allgemeinen Ordnungsbehörden und der Polizei“:

„Die allgemeinen Ordnungsbehörden und die Polizei haben die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Sie haben Vorbereitungen zu treffen, um künftige Gefahren abwehren zu können.“

Hugo Wust